# Welche Zukunft für das Kosovo?

*Johannes Fritz*

Johannes Fritz

**Zusammenfassung**
Die deutsche Außenpolitik ist jetzt und in der Zukunft eng mit den politischen Entwicklungen im Kosovo verwoben. Ausgehend von der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo am 17. Februar 2008 analysiert der Beitrag, wie weit die Souveränität der kosovarischen Selbstverwaltung tatsächlich reicht. Er stellt den bisher schleppend verlaufenden Prozess der internationalen Anerkennung des Kosovo dar. Dabei stehen die Argumente und das Vorgehen der Gegner und Befürworter seiner Unabhängigkeit, die für die politische Zukunft des Kosovo entscheidend sind, im Vordergrund. Abschließend geht der Beitrag auf die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten des Kosovo ein.

## 1. Reichweite der Unabhängigkeit

Seit dem vergangenen Februar ist die Geschichte des Zerfalls des ehemaligen Jugoslawien in immer kleinere Staaten um ein Kapitel länger. Am 17. Februar 2008 erklärten die albanischen Abgeordneten des Kosovo einstimmig und einseitig die Unabhängigkeit der „Republik Kosovo“ von Serbien. Am 11. Mai folgte eine Nationalhymne. Das kosovarische Parlament verzichtete jedoch aus Rücksicht auf die serbische Minderheit darauf, deren Melodie mit einem Text zu versehen. Am 15. Mai wurde schließlich eine neue kosovarische Verfassung verabschiedet, die unter anderem den Schutz ethnischer Minderheiten und die Religionsfreiheit garantieren soll.

Die Bedeutung der Unabhängigkeitserklärung reicht weit über das Kosovo hinaus, auch die deutsche Außenpolitik ist eng mit der Geschichte des Kosovo verwoben. Seit 1991 ist die Bundesrepublik Mitglied der Kosovo-Kontaktgruppe. Zusammen mit den USA, Russland, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Italien versuchte sie, eine einvernehmliche Verhandlungslösung zwischen Serben und Albanern über den Status des Kosovo zu erreichen. Als die Kosovokrise im Jahr 1999 eskalierte, beteiligte sich die Bundeswehr im Rahmen der *North Atlantic Treaty Organization* (NATO) an den Bombardements gegen Serbien. Vor allem bei den mitregierenden Grünen sorgte die Zustimmung der Parteiführung zu dem nicht durch ein Mandat der Vereinten Nationen (UN) legitimierten Kampfeinsatz für interne Zerwürfnisse. Im Anschluss beteiligte sich Deutschland am Wiederaufbau des Kosovo und an der zivilen und militärischen Verwaltung des offiziell weiterhin zu Serbien gehörenden Gebietes.

Hat die Unabhängigkeitserklärung tatsächlich etwas am Status des Kosovo

Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (GWP) Heft 3/2008, S. 307-313

geändert? Immerhin kann das Kosovo in begrenztem Maße und mit Unterbrechungen schon seit 1974 autonom agieren. Auf einer Fläche von der halben Größe Hessens leben im Kosovo heute rund zwei Millionen Menschen, davon 88 Prozent Albaner und 7 Prozent Serben.[1] Von 1974 bis 1989 hatte das Kosovo den Status einer autonomen Provinz innerhalb der jugoslawischen Teilrepublik Serbien inne. Dann hob das serbische Parlament die Autonomie des Kosovo auf. Zunächst organisierten die Kosovo-Albaner eine gewaltfreie Widerstandsbewegung und setzten der serbischen Repression unter Präsident Slobodan Milošević ein paralleles Staatswesen im Untergrund entgegen. Ab 1996 verschärfte sich der Konflikt. Radikale Albaner verübten Anschläge auf serbische Einrichtungen und die serbischen Streitkräfte reagierten mit Gewalt, die bis hin zu ethnischen Säuberungen reichte. Der als Kosovokrieg bezeichnete Konflikt endete 1999 mit der Bombardierung serbischer Ziele durch die NATO. In der Folge flohen vor allem Serben aus der Provinz.

Nach dem Ende des Kosovokriegs folgte eine zweite Phase weitgehender Autonomie. Die UNMIK-Mission der UN organisierte die zivile Verwaltung des Kosovo und übertrug zahlreiche Aufgaben an die Kosovaren selbst, die ein eigenes Parlament und eine eigene Regierung erhielten. Eine multinationale Truppe unter der Führung der NATO sorgte für die militärische Absicherung.

Die jüngste Unabhängigkeitserklärung, die seit langem absehbar war, hätte ohne die Zustimmung der westlichen Staaten in der Kontaktgruppe nicht stattgefunden. Nur Russland stellte sich auf die Seite Serbiens. Diese Situation verpflichtet die westlichen Staaten nun dazu, das Kosovo weiter politisch zu stabilisieren und wirtschaftlich zu unterstützen. Bis zum Herbst 2008 soll die EULEX-Mission der Europäischen Union (EU), bestehend aus 1900 Polizei- und Justizkräften und 1100 lokalen Helfern, soweit aufgebaut sein, dass sie die Aufgaben der UNMIK übernehmen kann. Dies wird von Serbien und Russland abgelehnt, da die Neuregelung durch das Mandat der UN nicht gedeckt sei und der Anerkennung eines unabhängigen Kosovo entspreche.

Die weiterhin eingeschränkte Souveränität des Kosovo drückt sich auch in der Unabhängigkeitserklärung selbst aus, die sich auf den im Februar 2007 veröffentlichten Plan des ehemaligen finnischen Ministerpräsidenten und Sondergesandten der UN für das Kosovo, Martti Ahtisaari, beruft. Obwohl dieser Plan das Wort „Unabhängigkeit“ nicht enthält, sieht er eine eigene Flagge, Nationalhymne und Verfassung für das Kosovo vor. Die Kosovaren sollen eine eigene Staatsbürgerschaft und weitgehend unabhängige politische Institutionen erhalten. Dennoch schränkt der Plan die Souveränität der kosovarischen Regierung ein. Der vor allem im Norden des Kosovo ansässigen serbischen Minderheit garantiert er weitgehende Autonomie. Zudem darf sich das Kosovo keinem anderen souveränen Staat anschließen und seine militärische Stärke bleibt begrenzt. Serbien und Russland lehnten den Ahtisaari-Plan dennoch ab.

## 2. Der internationale Anerkennungsprozess und die Rolle der EU in der Region

Ob sich die Republik Kosovo trotz ihrer weiterhin eingeschränkten Souveränität als unabhängiger Staat behaupten kann, hängt maßgeblich von der Anerkennung durch weitere Staaten ab. Von einer weltweiten Anerkennung ist die Republik jedoch noch immer weit entfernt. Am 26. Mai 2008, und damit 100 Tage nach der Unabhängigkeitserklärung, hatten sie nur 41 der 192 Mit-

gliedstaaten der Vereinten Nationen anerkannt.[2]

Die Länder in der Region des Kosovo vertraten keine einheitliche Linie. Ungarn und Bulgarien, EU-Mitglieder seit 2004 und 2007, sowie Albanien und Kroatien erkannten die Republik frühzeitig an und die Regierungen von Mazedonien und Griechenland planen eine Anerkennung. In Montenegro, das erst 2006 von Serbien unabhängig geworden war, blieb das Vorgehen der Regierung offen und in Bosnien-Herzegowina machte der Widerstand der serbischen Bevölkerung und Parteien eine Anerkennung unwahrscheinlich. Im EU-Mitgliedsstaat Rumänien stimmte eine Parlamentsmehrheit gegen die Anerkennung.

21 von 26 Mitgliedern der NATO und 20 der 27 Mitgliedsstaaten der EU erkannten die Unabhängigkeit des Kosovo an. Der Kosovokrieg war der erste Fall, in dem die NATO tatsächlich militärisch tätig wurde, ohne ein den Einsatz völkerrechtlich legitimierendes Mandat der UN zu besitzen. Der UN-Resolution 1244 folgend sind NATO-Soldaten bis heute im Kosovo stationiert. Es liegt daher im Interesse des Verteidigungsbündnisses, dass die Statusfrage endgültig und unblutig gelöst wird. Im Unterschied zur NATO konnten sich die Mitglieder der EU in den Jugoslawienkriegen nicht auf ein gemeinschaftliches Vorgehen einigen, bis heute gibt es keine gemeinsame Politik gegenüber den Staaten des ehemaligen Jugoslawien. Dies wurde schon am Beispiel der Unabhängigkeitserklärungen von Slowenien und Kroatien im Jahr 1991 deutlich. Obwohl zuvor vereinbart worden war, dass die Europäische Gemeinschaft beide Staaten nur dann als souverän akzeptieren würde, wenn diese bestimmte Kriterien erfüllten, erkannte Deutschland beide Staaten kurzerhand an.

Auch in der Frage der Unabhängigkeit des Kosovo gehen die Meinungen auseinander. Daher beschloss der Rat für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen, in dem sich die EU-Außenminister treffen, dass die einzelnen EU-Mitglieder selbst darüber entscheiden sollten, ob sie die Unabhängigkeit des Kosovo anerkennen wollen. Für diese Entscheidung sollten die Mitgliedsstaaten ihre nationale Praxis sowie ihre Interpretation des Völkerrechts zugrunde legen. Ein Beschluss des Rats hätte ohnehin keine bindende Wirkung entfalten können, da die Nationalstaaten und nicht die EU über Anerkennungen entscheiden.

Obwohl die EU-Mitgliedsstaaten keine gemeinsame Position vertreten, spielte und spielt die Möglichkeit eines Beitritts zur EU in den Balkanstaaten stets eine entscheidende Rolle, denn mit den Osterweiterungen der Jahre 2004 und 2007 ist die EU auch geographisch näher an den Balkan herangerückt. Schon 2004 trat Slowenien, die wirtschaftlich und politisch am weitesten entwickelte ehemalige jugoslawische Teilrepublik, der EU bei. Dies bestätigte die Beitrittsperspektive der anderen ehemaligen jugoslawischen Staaten. Auch Kroatien ist mittlerweile so weit fortgeschritten, dass die Beitrittsverhandlungen bis zum Jahr 2009 abgeschlossen sein dürften. Dennoch bleibt der Zeitpunkt des kroatischen Beitritts vor allem wegen französischer Bedenken weiter offen. Die Regeln für Montenegros Referendum über die Unabhängigkeit von Serbien im Jahr 2006 wurden von der EU mitbestimmt. So machte die Union eine Zustimmung von 55 Prozent der Bevölkerung für die Loslösung zur Voraussetzung für ihre Anerkennung eines unabhängigen Montenegro. Diese Hürde wurde mit 55,49 Prozent knapp übertroffen. Auch auf die Serben wirkt die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft verlockend. So spaltete sich die Regierungskoalition nach der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo über die Frage, ob sich die weitere Verfolgung des Ziels der EU-Mitgliedschaft mit der Ablehnung des unabhängigen Kosovo vereinen lasse.

Die europäische Perspektive tut sich bereits seit längerem auch für das Kosovo auf. Seit 2002 verfasst die Europäische Kommission Fortschrittsberichte für die potentiellen Bewerberländer des Balkans, die auch die Entwicklung des Kosovo unter internationaler Verwaltung gesondert verfolgen. Dies gibt reichlich Stoff für Zukunftsvisionen, die in den EU-Mitgliedsstaaten sicher sowohl positiv als auch negativ aufgefasst werden. In der großen Balkan-Erweiterungsrunde des Jahres 2014, so eine Zukunftsvision des britischen Historikers Timothy Garton Ash, würden das Kosovo und Serbien als 33. und 34. Mitgliedsstaaten der EU beitreten.[3]

## 3. Die Gegner eines unabhängigen Kosovo

Die Gegner der Unabhängigkeit des Kosovo argumentieren, dass die Unabhängigkeitserklärung weder mit dem Völkerrecht, insbesondere dem Schutz der territorialen Integrität von Staaten, noch mit dem Mandat der internationalen Verwaltung des Kosovo, vereinbar sei. Sie fordern weitere Verhandlungen zwischen Serbien und den Vertretern der Selbstverwaltung des Kosovo. Einige Länder verweigern dem Kosovo aus Furcht vor eigenen, auf Sezession drängenden Gruppen, die Anerkennung. Spanien und Zypern fürchten beispielsweise, dass baskische Nationalisten bzw. die Türkische Republik Nordzypern nach der Anerkennung des Kosovo ihr gleiches Recht einfordern, und damit bei anderen Staaten erfolgreich sein könnten.

*Serbien*

Serbien ist – wenig überraschend – der Hauptgegner eines unabhängigen Kosovo, ist das Kosovo doch seit 1945 offiziell Teil des serbischen Staatsgebiets. Hinzu kommt die insbesondere aus Sicht serbischer Nationalisten geradezu mythologische Bedeutung des Kosovo für die Geschichte Serbiens. Der Sieg des Osmanischen Reiches gegen den serbischen Fürsten Lazar im Jahr 1389 auf dem Amselfeld, das im heutigen Kosovo liegt, ist die Grundlage für einen Nationalismus, der Serbien in der Rolle des Kämpfers für Europa und gegen den vorrückenden Islam sieht. Der damalige serbische Präsident Milošević beschwor diesen Mythos im Jahr 1989, am 600. Jahrestag der Schlacht, in einer Rede, die von vielen Beobachtern als der Ausgangspunkt für die Jugoslawienkriege gesehen wird. Auch anläßlich der jüngsten Unabhängigkeitserklärung war „Kosovo ist Serbien“ nicht nur das Motto der serbischen Proteste, die im Februar 2008 in Gewalt mündeten. „Kosovo ist Serbien“ umschreibt auch die Linie der großen politischen Parteien in Serbien, die Kosovos Unabhängigkeit weder anerkennen, noch reguläre Beziehungen zu einem Land unterhalten wollen, das ihrer Ansicht nach Teil des serbischen Territoriums ist.

Hinter der Unabhängigkeitserklärung vermutete der zu dieser Zeit amtierende serbische Premierminister Vojislav Koštunica eine Verschwörung. Die USA wollten das Völkerrecht grundlegend revidieren und Sezessionen erleichtern. Zahlreiche Staaten hätten das Kosovo nur auf Druck der USA hin als unabhängig anerkannt. Pläne der US-Regierung, Waffen in den Kosovo zu liefern, passten ebenso ins Bild, und gefährdeten die Sicherheit in Serbien und die Stabilität der gesamten Region. Koštunica erklärte auch, er habe die Taktik der NATO durchschaut. Die Bombardements von Serbien während des Kosovokriegs hätten einzig dem Ziel gedient, im Kosovo den ersten NATO-Staat der Erde zu errichten.

Ein militärisches Eingreifen schließen die großen serbischen Parteien aus. Die Regierungsparteien zum Zeitpunkt der Unabhängigkeitserklärung planten vielmehr, gemeinsam mit ihren Bünd-

nispartnern in anderen Ländern, die Mitgliedschaft des Kosovo in sämtlichen internationalen Organisationen zu verhindern und vor dem Internationalen Gerichtshof eine Klage einzureichen. Darüber hinaus zog die serbische Regierung ihre Botschafter aus all jenen Ländern, die das Kosovo als unabhängig anerkannten. Zudem erließ sie Haftbefehle wegen Hochverrats gegen den Premierminister, den Präsidenten und den Parlamentspräsidenten des Kosovo. Ein Ziel serbischer Regierungspolitik ist die weitgehende Autonomie der serbischen Minderheit im Nordkosovo. Dort solle serbisches Recht gelten und serbische Institutionen sollten ausschließlich der serbischen Bevölkerung zu Gute kommen.

Obwohl sie eine gemeinsame Politik gegenüber dem Kosovo vertraten, unterscheiden sich die ehemaligen Regierungsparteien darin, ob sie der Annäherung an die EU eine höhere Priorität als der Kosovofrage beimessen. Die pro-westliche Demokratische Partei von Präsident Boris Tadić weigerte sich zwar, die Loslösung des Kosovo zu akzeptieren, wollte ein zu Serbien gehörendes Kosovo aber auch nicht zur Bedingung für Beitrittsverhandlungen mit der EU machen. Die Demokratische Partei Serbiens von Koštunica drohte hingegen damit, sich in Richtung Russlands zu orientieren, sollten die EU-Mitglieder in der Kosovofrage nicht einlenken. Im März 2008 zerbrach die Regierungskoalition an diesen unterschiedlichen Auffassungen.

Das Wahlbündnis „Für ein europäisches Serbien“ mit Tadić an der Spitze gewann die Neuwahlen im Mai 2008, die trotz der Proteste von UNMIK auch im Nordkosovo abgehalten wurden. Um eine Regierung zu bilden, musste das Bündnis jedoch auf die Sozialistische Partei des ehemaligen Präsidenten Milošević zugehen, die wiederum mehrere Partner einbrachte. Nun umfasst die Regierung elf Parteien. Die an der neuen Regierung beteiligten Parteien stimmen darin überein, dass der EU-Beitritt wichtiger ist als die Kosovofrage. Auch die im Juli 2008 erfolgte Festnahme des mutmaßlichen Kriegsverbrechers Radovan Karadžić spricht für die Entschlossenheit der Regierung, die Bedingungen für den Kandidatenstatus bei der EU zu erfüllen, und dies möglichst bis zum Ende des Jahres 2008.

*Russland*

Analog zu Serbien argumentiert Russland, die Unabhängigkeitserklärung verletze die territoriale Integrität Serbiens und damit internationales Recht. Russlands scheidender Präsident Vladimir Putin machte bei einer Pressekonferenz im Februar 2008, aber noch vor der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo, klar, er halte das Vorgehen der Europäer für widersprüchlich. Die Türkische Republik Nordzypern habe beispielsweise ihre Unabhängigkeit schon vor 40 Jahren erklärt, dennoch hätten die Europäer sie nicht als unabhängig anerkannt. Auch die Geschichte des Kosovo sei keine Rechtfertigung für ein anderes Verhalten, zumal das Völkerrecht keine Ausnahmen kenne. Ethnische Konflikte, Verbrechen beider Konfliktparteien und eine de facto Unabhängigkeit habe es in vielen Ländern gegeben, dennoch würden unilaterale Unabhängigkeitserklärungen auch von den Europäern für gewöhnlich nicht anerkannt. Die Europäer würden somit ihren politischen Präferenzen den Vorzug vor dem Völkerrecht geben. Nur eine prinzipielle Einigung der Staatengemeinschaft auf ein einheitliches Vorgehen könne dauerhaft Klarheit schaffen. Eine solche Einheit dürfe grundsätzlich jedoch nicht den Separatismus fördern.

In seiner Argumentation brachte Putin indirekt zum Ausdruck, dass die Anerkennung einzelner Unabhängigkeitserklärungen einen Prozess auslösen könnte, in dem immer mehr sezessionistische Gruppen auf ihr gleiches Recht pochen würden. Dies gefährde die Stabilität zahlreicher Staaten und des inter-

nationalen Staatensystems. Auch Staaten wie Großbritannien, die das Kosovo als eigenen Staat rasch anerkannten, seien wegen der in ihnen aktiven sezessionistischen Gruppen, beispielsweise der Nationalisten in Nordirland, von einem solchen Prozess gefährdet. Putin drohte überdies damit, die Unabhängigkeit der pro-russischen Regionen Abchasien und Südossetien in Georgien und Transnistrien in Moldawien zu akzeptieren, sollte der Westen tatsächlich den Kosovo anerkennen.

Russland ist Serbiens stärkster Verbündeter, denn als Mitglied des UN-Sicherheitsrats kann es deutlich mehr Einfluss auf der internationalen Bühne ausüben als Serbien selbst. Bereits am 17. Februar sprach Russland die Kosovofrage im Sicherheitsrat an. Wegen der Uneinigkeit der Mitglieder kam es jedoch zu keinem Beschluss. Russland bleibt zudem die Möglichkeit, die Aufnahme des Kosovo in die UN zu verhindern. Daneben versucht Russland, die Unabhängigkeit des Kosovo zu torpedieren, in dem es in Absprache mit der serbischen Regierung den Serben im Nordkosovo Hilfslieferungen zukommen lässt.

## 4. Die Befürworter eines unabhängigen Kosovo

Trotz des Widerstands zahlreicher Staaten und des nur schleppend anlaufenden Anerkennungsprozesses stand die Unabhängigkeit des Kosovo vor allem wegen der international einflussreichen Unterstützer von Beginn an auf vergleichsweise sicheren Füßen. Mit den USA, Großbritannien und Frankreich erkannten drei Mitglieder des UN-Sicherheitsrats und der Kosovo-Kontaktgruppe den neuen Staat innerhalb weniger Tage an. Auch Deutschland und Italien, die ebenfalls als Mitglieder der Kosovo-Kontaktgruppe auf eine Verhandlungslösung hingewirkt hatten, gehören zu den Befürwortern.

Im Allgemeinen argumentieren die Befürworter damit, dass nicht die USA oder die EU das Kosovo von Serbien losgelöst hätten. Vielmehr sei die Unabhängigkeit wegen des Verhaltens der Regierung Milošević sowie der nachfolgenden serbischen Administrationen unausweichlich gewesen. Miloševićs Krieg gegen die Albaner habe das Kosovo endgültig für Serbien verloren. Weiter argumentieren sie, dass der Verhandlungsprozess zum Status des Kosovo zu nichts führen könne, da sich beide Seiten auch in der Zukunft nicht aufeinander zu bewegen würden. Die Unabhängigkeitserklärung habe dieses endlose Tauziehen beendet. Nun bestehe die Chance auf ein Ende des Konflikts.

Schon am 18. Februar beglückwünschte US-Präsident Bush das Kosovo zur Erlangung der Unabhängigkeit und erkannte den neuen Staat formal an. In seiner Regierungserklärung betonte er, die „besondere Freundschaft“ der USA zum Kosovo, das sein Land auch in Zukunft als Partner und Freund unterstützen wolle. Voraussetzung sei, dass das Kosovo, wie in der Unabhängigkeitserklärung angestrebt, ethnische Minderheiten schütze und vertrauenswürdige politische Institutionen schaffe. In einer Stellungnahme zur Anerkennung der Republik Kosovo durch Frankreich betonte der französische Außenminister Kouchner, die Unabhängigkeit sei kein Sieg der Kosovaren gegen die Serben, sondern ein Sieg des Friedens. Er hoffe, dass der Konflikt sich schließlich innerhalb der EU lösen werde, spätestens dann, wenn sowohl das Kosovo als auch Serbien Mitglieder sein würden. Auch der britische Premierminister Brown drückte in der Regierungserklärung, mit der Großbritannien das Kosovo anerkannte, seine Hoffnung aus, dass die Unabhängigkeit des Kosovo ein Ende der Konflikte auf dem Balkan zur Folge haben werde. Die in der Verfassung garantierten Minderheitenrechte hätten ihn davon überzeugt, dass das Vereinigte Königreich der Unabhängigkeit zustimmen

solle. Er hoffe, dass sich ein unabhängiges Kosovo auch wirtschaftlich gut entwickeln werde. Die deutsche Bundesregierung ging in ihrer Anerkennung am weitesten. Das Kabinett erklärte eine Lösung der Statusfrage, die sowohl von Serbien als auch den Vertretern des Kosovo akzeptiert worden wäre, für unmöglich. Dies hätten die vergeblichen Vermittlungsversuche der Kosovo-Troika und von Ahtisaari gezeigt. Die Anerkennung durch möglichst viele Staaten eröffne nun die Möglichkeit, die Region zu stabilisieren.

## 5. Wirtschaftliche Zukunft

Politisch mag die Unabhängigkeit des Kosovo vertretbar sein, aber ist das Land auch wirtschaftlich auf die Selbstständigkeit vorbereitet? Die Wirtschaftsdaten des Kosovo bieten ein gemischtes Bild.[4] In einer Umfrage der Anti-Korruptionsvereinigung *Transparency International* aus dem Jahr 2007 gaben 67 Prozent der Befragten an, selbst schon Bestechungsgelder gezahlt zu haben.[5] Mit einer Quote von geschätzten 40 Prozent ist die Arbeitslosigkeit hoch, 25.000 Berufsanfänger drängen jedes Jahr auf den Arbeitsmarkt. Bei einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 1500 Euro verdienen die Kosovaren schlechter als alle anderen Europäer. Rund ein Siebtel der Bevölkerung lebt in extremer Armut mit weniger als 90 Eurocent pro Tag. Die nach dem Krieg verbliebenen Industrieanlagen sind veraltet, und die Produktivität der Landwirtschaft ist gering. Die Importe übersteigen die Ausfuhren derzeit um das 15-fache.

Wegen dieser Probleme ist das Kosovo auf internationale Wirtschaftshilfe angewiesen. Im Jahr 2001 summierten sich die Hilfszahlungen pro Kopf auf fast 250 Euro. Damit erhielten die Kosovaren weit mehr Unterstützung als die Bewohner anderer Krisenregionen. Bis 2005 sank die Unterstützung auf 70 Euro pro Kopf. Ein Großteil der Zahlungen wurde für die Ausgaben der internationalen Präsenz im Kosovo verwendet, und kam nicht bei den Kosovaren selbst an. Ebenso problematisch ist, dass in die Förderung von kleineren und mittleren Unternehmen weniger investiert wurde als in Privatisierungen und Infrastruktur. Insgesamt ist die Abhängigkeit des Kosovo von internationaler Hilfe unübersehbar: Auf ein vor allem durch Hilfen angekurbeltes Wirtschaftswachstum von 16 Prozent im Jahr 2001 folgte 2002, als die Hilfen zurückgingen, eine Negativbilanz. Bis zum Jahr 2010 hat die EU Zahlungen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro angekündigt, von einzelnen Geberländern werden weitere Milliarden erwartet. Dennoch gibt es auch Grund zur Hoffnung. Das Kosovo hat die jüngste Bevölkerung Europas und zahlreiche Bodenschätze, selbst Gold wurde schon gefunden. Auf diese Stärken wird die EU setzen, um das Kosovo wirtschaftlich voran zu bringen.

## Anmerkungen

1 Die ethnische Zusammensetzung der kosovarischen Bevölkerung ist umstritten. Die serbische Regierung zweifelt die Ergebnisse der hier angegebenen und von der UN-Mission UNMIK im Jahr 2000 durchgeführten Volkszählung an. Siehe auch http://www.ks-gov.net/ESK/esk/pdf/english/population /Kosovo_ population. pdf.

2 Eine gute Übersicht bietet http://kosovothanksyou.com.

3 http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2007/feb/15/balkans.eu.

4 Ein detaillierter Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung des gesamten Westbalkans findet sich in Bartlett, William (2008): "Europe's Troubled Region: Economic development, institutional reform and social welfare in the Western Balkans", New York: Routledge.

5 http://www.transparency.org/content/download/27256/410704/file/GCB_2007_report_en_02-12-2007.pdf.